



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

2. Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:15 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 | Schwerpunkte der Landwirtschafts-, Forst- und Verbraucherschutzpolitik in der 18. Wahlperiode | 6 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/198 | |
| | <u>In Verbindung mit:</u> | |
| 2 | Schwerpunkte der Umwelt- und Naturschutzpolitik in der 18. Wahlperiode | |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/191 | |

– Wortbeiträge

- 3 Eyller Berg: Ein Ende ist in Sicht – wie steht es um die Abwicklung der Deponie?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **14**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/237
- Wortbeiträge
- 4 Was wird aus dem Verkauf der landeseigenen Waldflächen an den Freizeitpark „Phantasialand“?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **16**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/235
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/235 zur Kenntnis.
- 5 NRW-Pegelmessgesetz: Wann zieht die Landesregierung Konsequenzen aus der Flutkatastrophe?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **17**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/228
- Wortbeiträge
- 6 Wasseraufbereitung in NRW: Chemikalien zur Wasserreinigung werden knapp** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/236
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/236 zur Kenntnis.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

7 Nährstoffmanagement in der NRW-Landwirtschaft – Verkennt die Landesregierung das Unterversorgungsproblem? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5]) **27**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/233

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/233 zur Kenntnis.

8 Auswirkungen der hohen Betriebskosten auf die nordrhein-westfälische Landwirtschaft (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6]) **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/234

– Wortbeiträge

19 Verschiedenes **33**

hier: **Abstimmung über Ausschussreise nach Finnland** **33**

Der Ausschuss stimmt der Ausschussreise in der 19. KW 2023 nach Finnland einstimmig zu.

* * *

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

Vor Eintritt in die Tagesordnung

weist **Vorsitzende Dr. Patricia Peill** darauf hin, dass sich die Obleuterunde darauf verständigt habe, TOP 1 und 2 zusammen zu diskutieren.

1 **Schwerpunkte der Landwirtschafts-, Forst- und Verbraucherschutzpolitik in der 18. Wahlperiode**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/198

In Verbindung mit:

2 **Schwerpunkte der Umwelt- und Naturschutzpolitik in der 18. Wahlperiode**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/191

René Schneider (SPD) gratuliert zunächst Frau Ministerin Gorißen und Herrn Minister Krischer zu ihrer Ernennung als Minister. Es sei sicherlich eine große Ehre, dieses Amt auszuüben in diesen Zeiten, manchmal auch eine Bürde, aber in jedem Fall eine Chance zur Gestaltung in einem der wichtigsten Felder, die es auf Landesebene gebe. Das machten beide zusammen.

„Zusammen“ sei das erste Stichwort, das Stichwort Zusammenarbeit. Er kündige zu Beginn an, dass die SPD-Landtagsfraktion, die in der Opposition sei, nicht den Fehler machen werde, aus Prinzip in den kommenden fünf Jahren einfach gegen alles zu sein, was die Regierung hier vorstellen werde. Das habe seine Fraktion in der letzten Plenarrunde gezeigt, habe sie gezeigt beim Thema Forstgemeinschaften. Das habe man gezeigt beim Thema „Umwelt-Checks“. Da sei seine Fraktion enttäuscht gewesen. Sie sei dafür gewesen und habe Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Diese seien aber abgelehnt worden, ohne überhaupt darauf einzugehen, was da gestört habe, was man da mehr machen könnte.

Es wäre schön, wenn man es hinbekäme, dass Vorschläge, die von seiner Fraktion kämen, zumindest ernsthaft geprüft würden. Wenn man sie wegstimme – dafür hätten die Koalitionsfraktionen die Mehrheit –, sollte man zumindest einen Anhaltspunkt geben, was da gestört habe. Seine Fraktion werde nicht aus Prinzip gegen alles sein, werde aber kritisch sein. Er habe die Replik, die für beide Regierungserklärungen geplant sei, gesammelt, obwohl – das sei seine erste kritische Bemerkung – die Trennung der beiden Häuser falsch sei.

In den vergangenen Wochen habe er niemanden gefunden, auch nicht aus dem Bereich der Landwirtschaft – man hätte vermuten können, dass die Bauernverbände es gut fänden, ein eigenes Ministerium zu haben –, der gesagt habe, das sei jetzt toll – ganz im Gegenteil: Viele würden die Trennung für falsch halten. Das werde die Politik auch in den kommenden Jahren verfolgen. Fest stehe, dass sich Fachleute auf Häuser verteilen müssten. Man erlebe schon, dass sich Themen aufteilen, er nenne einmal das Stichwort „Wolf“. Der eine müsse schützen und dürfe den Abschuss befehlen, die andere müsse sehen, dass Weidetiere und Weidetierhalter geschützt und finanziert würden, womit er auch beim Thema Budgets sei und der Frage, wie die sich verteilen

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

würden. Die SPD-Landtagsfraktion sei sehr gespannt darauf, wie die Zukunft des LANUV aussehen werde. Das seien unbeantwortete Fragen, die den Ausschuss beschäftigen würden, die auf einer Trennung fußen würden, die aus Sicht seiner Fraktion im Kern viel Falsches in sich trage.

Nun werde der Ausschuss viel über das Thema Nachhaltigkeit sprechen. Wer sich mit Nachhaltigkeit beschäftige, wisse, dass Nachhaltigkeit am ehesten da entstehe, wo drei Dinge aufeinander träfen, nämlich die Ökonomie, die Ökologie und das Soziale. Da, wo sich alles drei idealerweise mische, schaffe man es, Nachhaltigkeit hinzubekommen.

Er sehe, dass aktuell in dem Bericht an den Club of Rome deutlich herausgestellt werde, dass es hier vor allen Dingen die Komponente des Sozialen geben müsse, die Frage, wie man Menschen dazu bekomme, über den sozialen Frieden an Nachhaltigkeit mitzuarbeiten. Es reiche nicht, eine Partei, die ihren Markenkern in der Ökologie habe, mit einer Partei, die ihren Markenkern in der Ökonomie zu glauben habe, zusammenzubringen und zu sagen, diese Koalition alleine werde es richten. Das setze zum einen voraus, dass sich die beiden Koalitionäre an den Stellen einig seien – siehe oben, zwei Ministerien, schon schwierig –, es brauche aber unbedingt den Bereich des Sozialen, den seine Fraktion in den kommenden fünf Jahren einfordern werde.

Nun gebe es auch an anderer Stelle „blinde Flecken“. Das habe sich in den beiden Regierungserklärungen auch gezeigt, in denen er komplett den Punkt „ländlicher Raum“ vermisst habe. Wenn man sage, ländlicher Raum sei gleich Landwirtschaft, selbst da hätte er einige Hinweise, dass auch im Bereich Landwirtschaft nicht klar sei, was die Schwerpunkte der kommenden Wahlperiode werden sollten. Zu Haus Düsse habe er nichts gehört, „Zukunftsprogramm Landwirtschaft“ heiße es. Es sei nicht deutlich, was dahinter stecke. Das werde sich vielleicht noch ausdifferenzieren. Vor vier Wochen habe der Ausschuss zum Thema „ländlicher Raum“ nichts gehört. Ländlicher Raum sei wesentlich mehr. Frau Gorißen als ehemalige Landrätin kenne das aus dem Kreis Kleve. Es gebe aber so viele andere ländliche Bereiche, die Industrie hätten, die sich nicht definieren würden als agrarstrukturierte ländliche Räume – ganz im Gegenteil, die zwar sagen würden, sie seien ländlicher Raum, aber auch erklären würden, sie seien mehr als Landwirtschaft. Da werde seine Fraktion in den kommenden Jahren darauf achten, dass man da den Horizont insgesamt erweitere.

Seine Fraktion werde nicht nur auf das reagieren, was die Minister vor die Türe legen würden, sondern sie werde klare Schwerpunkte setzen. Die SPD-Landtagsfraktion habe sich vorgenommen, zunächst einmal die zirkuläre Wirtschaft in den Mittelpunkt zu rücken in der Definition, wie sie die Europäische Union sehe, nicht nur in Energie und Rohstoffe, sondern auch in Wasser und Land. Damit sei man bei zwei Kernthemen dieses Ausschusses. Er werde mit dem Thema „Wasser“ beginnen. Es sei sicher aufgefallen, dass seine Fraktion einige Themen mitbringe, die auch nicht immer zu Heiterkeit beitragen, sondern ganz im Gegenteil auch jetzt schon zu scharfer Kritik führen müssten.

Wenn man über Wasser rede, müsse man auch über Wasserentnahme sprechen. Es gehe um die Einleitung, um die Frage, wer etwas einleiten dürfe, in welcher Güte und

Qualität. Der Ausschuss werde sich über die Wasseraufbereitung unterhalten, dazu liege heute ein Bericht vor, den man ohne weitere Diskussion später zur Kenntnis nehmen werde. Man werde auch über den Hochwasserschutz sprechen müssen, der in den vergangenen Jahren immer mehr ins Hintertreffen geraten sei aus verschiedensten Gründen, nicht nur aus rechtlichen Gründen. Auch werde man über Pegelmessstellen und Vorhersagen sprechen müssen – dazu später mehr.

Einiges stehe noch im Lastenheft. Er sehe einige Kolleginnen und Kollegen, die mit ihm aus der 17. Wahlperiode dabei geblieben seien. Es gebe Restanten. Da nenne er das Klimaanpassungsgesetz, von dem zumindest die SPD und damals die Grünen festgestellt hätten, dass das zu wenig gewesen sei. Da müsse es mehr geben. Seine Fraktion werde die Regierung begleiten und auch an die Versprechen und die Kritikpunkte aus vergangenen Wahlperioden erinnern. Die SPD werde den Klimaschutz mitdenken ebenso wie den Verbraucherschutz, der immer wichtiger werde, aber hier ein Nischendasein führe. Das würden seine Kolleginnen und Kollegen hier in den kommenden fünf Jahren nach vorne tragen.

Es gebe weitere offene Posten, die die SPD nicht vergessen habe. Das sei der Landesentwicklungsplan mit seinem 5-ha-Ziel, wo man jetzt rufen möge, das mache ein ganz anderer Ausschuss. Aber der Flächenverbrauch werde hier eines der großen Themen sein. Er spüre da eine große Zurückhaltung zwischen den beiden Koalitionären. Da müsse man ran, da könne man Schmerzen untereinander nicht ersparen.

Auch werde der Ausschuss noch einmal über die Volksinitiative „Artenvielfalt“ sprechen müssen, die in der vergangenen Wahlperiode am Ende zu kurz gekommen sei. Er sehe viele, die diese Volksinitiative unterstützt hätten, auch unterschrieben hätten, die jetzt in der Verantwortung seien, es umsetzen zu können. Da merke er vor allen Dingen erste Absatztendenzen, er nenne den Nationalpark. Er habe auch für die Volksinitiative unterschrieben – nicht für einen zweiten Nationalpark, er habe unterschrieben für den Nationalpark Senne. Wenn er jetzt höre, dass das alles nicht so gemeint gewesen sei und man wider besseres Wissen da unterschrieben habe oder jetzt erst feststelle, dass es nicht so einfach sei, dann werde man auch da kritisch dranbleiben.

Seine Fraktion werde immer wieder – das sei nicht exklusiv in diesem Ausschuss, sondern man werde das im ganzen Landtag erfahren – das Thema Stellen aufgreifen. Heute werde der Ausschuss über 31 Stellen reden, die im Bereich der Hydrologie geschaffen würden. Oftmals werde so getan, als wären Stellen gleich Menschen, die auch tatsächlich ihren Job da machten. Er stelle immer mehr fest, im Schulbereich, bei innerer Sicherheit, in anderen Bereichen: Stellen seien keine Menschen, die da arbeiteten; Stellen seien Chiffren, seien Geldbeträge, die abgerufen werden müssten, die hinterlegt werden müssten mit Menschen, die wichtige Aufgaben auch übernähmen. Er verspreche, dass seine Fraktion hartnäckig nachfragen werde, ob all das, was an Stellen da reingepumpt werde, was sich immer schillernd anhöre – wenn man dann sage, man habe hunderte, tausende Stellen geschaffen, im Nachtragshaushalt ebenfalls einige, auch für den Katastrophenschutz –, auch mit Menschen hinterlegt sei. Sonst werde es unehrlich. Für unehrlich halte er hier niemanden. Nun gebe es einen

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

Koalitionsvertrag, der in Teilausschnitten vor vier Wochen in den Kleinen Regierungserklärungen vorgetragen worden sei.

Schließen wolle er mit dem ersten Buch Johannes für alle Gläubigen: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“

Dietmar Brockes (FDP) betont, er wolle es nicht versäumen, Frau Ministerin Gorißen und Herrn Minister Krischer für ihre zukünftige Arbeit im Interesse des Landes eine glückliche Hand zu wünschen. Sie könnten davon ausgehen, dass die Freien Demokraten die Arbeit kritisch-konstruktiv begleiten würden und schauen würden, dass man sich im Interesse des Landes positiv weiterentwickle.

Um mit dem Positiven anzufangen: Seiner Fraktion sei aufgefallen, dass in den Kleinen Regierungserklärungen auch viele Punkte aufgeführt worden seien, die in der letzten Legislaturperiode die Freien Demokraten mit angestoßen und beschlossen hätten, wenn man zum Beispiel die Videoüberwachung von Schlachthöfen nehme, das Verbot von Tiertransporten in Drittstaaten, die Stärkung der Regionalvermarktung, mehrjährige Finanzierung der Biologischen Stationen, das Maßnahmenpaket, Intelligente Flächennutzung auszubauen oder einen Runden Tisch zum Schutz der Artenvielfalt einzurichten. All das seien Punkte, die gut auf den Weg gebracht worden seien, die jetzt fortgesetzt werden sollten.

Ebenso seien wichtige Grundsteine mit dem ersten Klimaanpassungsgesetz gelegt worden, das es bundesweit gebe. Beim Hochwasserschutz und bei der Kreislaufwirtschaft sei es wichtig, dass da ein vernünftiger Kurs weiter fortgesetzt werde.

In dem Zusammenhang erwähne er auch, dass in der Vergangenheit der Ausschuss sehr konstruktiv zusammengearbeitet habe, wenn er alleine die erfolgreiche Arbeit der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ sehe. Da sei auch in der vergangenen Legislaturperiode schon einiges parteiübergreifend umgesetzt worden. Es würde ihn sehr freuen, wenn der Ausschuss die restlichen Handlungsempfehlungen, die noch offen seien, gemeinsam auf den Weg bringen würde. Die Enquetekommission sei eine Herzensangelegenheit der FDP gewesen. Insofern würde es ihn sehr freuen, wenn man da gemeinsam für die entsprechende Umsetzung sorgen würde. Da sei er leider mit den positiven Punkten durch.

Er habe schon feststellen müssen, dass in den beiden Regierungserklärungen wichtige Themen angesprochen worden seien, wichtige Herausforderungen der Zeit genannt worden seien; aber die Lösungsansätze würden fehlen. Er sehe es ähnlich, wie Kollege Schneider es gerade ausgeführt habe: die Aufteilung des Bereiches in zwei Häuser. In der letzten Sitzung habe man bereits erlebt, als die junge Mitarbeiterin aus dem Haus dargelegt habe, wie problematisch es sei, dass das einzelne Ressort zukünftig aufgespalten werde. Es sei nicht klar, was wohin gehe. Die Problematik, dass Bereiche, die eigentlich zusammengehörten, sich zukünftig auf unterschiedliche Ministerien aufteilen würden, werde nicht zielführend sein. Denn gerade die Themen Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft hätten so viele Schnittmengen, dass er glaube, dass es sehr viele Konflikte und Diskussionen geben werde, die letzten Endes viel Zeit

rauben würden, die man eigentlich bräuchte, um in Krisenzeiten schnell zu handeln. Schnelligkeit sei das Gebot der Stunde. Da sei es aus seiner Sicht nicht glücklich, wenn die Ressorts entsprechend aufgeteilt seien und der Konflikt erst zwischen zwei Ministerien ausgetragen werde. Seine Fraktion werde das begleiten. Er befürchte, dass das gerade für die Landwirtschaft nicht von Vorteil sein werde.

Die Landwirtschaft müsse sich im Moment enormen Herausforderungen stellen. Er nenne den voranschreitenden Klimawandel mit den Extremwettern, Dürren, Starkregen, auf der anderen Seite hohe Betriebskosten, sinkende Erlöse. Viele Menschen, die in den letzten Jahren gerne zu den Qualitätsprodukten übergewechselt seien, könnten sich das finanziell nicht mehr leisten aufgrund der Problematik, was Inflation und Energiepreise angehe. Ziele, die man gemeinsam verfolgt habe, wie mehr regionale Vermarktung, könnten nicht erreicht werden. Er sei gespannt, wie man da gerade die Landwirtschaft unterstützen wolle.

Frau Gorißen habe in ihren Ausführungen die Digitalisierung als wichtigen Punkt angesprochen. Da seien die Freien Demokraten bei der Ministerin. Man werde sie an den Ergebnissen messen. Er glaube, dass gerade beim Thema Bürokratie die Digitalisierung helfen könne, den Landwirten wieder mehr Freiraum zu geben. Wenn er sehe, dass im Moment der Landwirt durchschnittlich 32 Stunden pro Monat für das Ausfüllen von Dokumentationspflichten benötige, dann hoffe er, dass man da den Landwirtinnen und Landwirten deutlich helfen könne.

Es gebe eine Vielzahl von Konfliktfeldern zwischen den beiden Häusern. Er nehme den Bereich des Wassers, wo Minister Krischer deutlich gemacht habe, dass er höhere Kriterien setzen wolle. Auf der anderen Seite wüssten alle, wie notwendig eine sichere Wasserversorgung gerade für die Landwirtschaft sei.

Andere Bereiche habe Minister Krischer in seinen Ausführungen nicht genannt, nämlich das Thema Pflanzenschutzmittel. Ministerin Gorißen habe es erwähnt, aber der für Umwelt zuständige Minister in seinen Ausführungen nicht. In Deutschland sei der Einsatz der Pflanzenschutzmittel in den letzten Jahren massiv reduziert worden. Er sei gespannt, wie Minister Krischer sich verhalten werde, was die Vorschläge der EU-Kommission angehe.

So gebe es eine Vielzahl von Punkten, z. B. den Wald – Ministerin Gorißen habe von einer „Koalition für den Holzbau“ gesprochen –, da werde die Frage sein, ob die Koalition auch komplett dahinter stehe. Denn wenn man die Ausführungen der Grünen dazu nehme, dann sehe man, dass sie die Wälder aus der Holzproduktion rausnehmen wollten.

Es gebe eine Vielzahl von Punkten, bei denen sich Differenzen zukünftig auf zwei Häuser aufteilen würden. Er befürchte, dass man hier leider nicht die wichtigen und notwendigen Schritte gehen könne, die für das Land, die für die Bürgerinnen und Bürger, aber genauso für die Umwelt und den Naturschutz wichtig wären. An der Stelle werde man das messen und konstruktiv-kritisch begleiten.

Zacharias Schalley (AfD) hält fest, der Ausschuss tangiere zwei Ministerien, die drei Ressorts vereinigten, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr. Das Produkt der Koalitionsgespräche sei durch diesen Zuschnitt merkwürdig. Die Vorredner hätten es mehrfach erwähnt. Unterm Strich könne man sagen, dass die CDU den Grünen den Bereich Umwelt und Naturschutz überlassen habe, der Verdopplung des Naturschutzhaushaltes zustimme und auch sonst möglichst wenig Fragen stelle, was mit dem Geld der Steuerzahler gemacht werde. Ersten Vorgeschmack habe man mit den Umwelt-Checks schon bekommen, Geldgeschenke für die Klientel der Grünen.

Auch was die anderen Themen im Umweltschutz angehe, sehe seine Fraktion sehr kritisch, was da kommen werde, beispielsweise ein zweiter Nationalpark. Da sei seine Fraktion vorsichtig, schließlich entstehe ein zweiter Nationalpark nicht einfach aus dem Nichts. Artenvielfalt gebe es schon dort, sonst wäre es nicht schützenswert, was wiederum dafür spreche, dass der Schutzstatus der Naturparks ausgezeichnet sei. Seine Fraktion bezweifle aber jetzt schon, dass da tatsächlich ein Dialog mit allen Beteiligten geführt werde. Ein Naturpark biete mehr kulturlandschaftliche Gestaltungsmaßnahmen oder Möglichkeiten als ein Nationalpark. Die Kulturlandschaft, die nun einmal ein Produkt menschlicher Eingriffe sei, sei mindestens ebenso erhaltenswert wie vermeintlich unberührte Natur, die es in NRW sowieso kaum gebe.

Das Thema sei hochideologisiert. Die Ideologen säßen jetzt mit in der Regierung. Die Regierungserklärung von Minister Krischer habe es gezeigt – angefangen beim Vokabular des deutlichen Politikers mit festen Überzeugungen, die sich auf alle Lebensbereiche auswirken sollten. Deswegen seien auch Dinge erwähnt worden, die überhaupt nicht in die Zuständigkeit des Umweltministeriums gehörten.

Was aber in die Zuständigkeit des neuen Umweltministeriums gehöre, sei das Ressort Jagd. Viele Jäger hätten das jetzt noch nicht so mitbekommen, aber die CDU habe die Jagd in den Koalitionsverhandlungen geopfert. Man sehe auch schon die politischen Folgen. Der Problemwolf könne nicht so einfach geschossen werden, wie es notwendig wäre. Auch hier werde seine Fraktion genau hinschauen, was am Jagdgesetz verändert werde. Jedenfalls erwarte er da nichts Gutes.

Er komme zur Landwirtschaft und dazu, welche Richtung seine Fraktion einschlagen wolle. Das sei bereits in dem Antrag zu den Vielfachkrisen deutlich gemacht worden. Das Höfesterben setze sich fort, Lösungen würden nicht präsentiert. Das Sofortprogramm für Familienbetriebe sei der übliche Tropfen auf den heißen Stein, und dieser Tropfen sei auch noch grün gefärbt. Ohne Kritik auch an unionsrechtlichen Vorgaben – das vermisse er – werde es hier nicht gehen.

Es werde immer von Herausforderungen in der Landwirtschaft gesprochen. Er sage, es seien Katastrophen, die auf das Land zukämen. Die Erzeugerpreise gingen durch Zins-, Aktions- und Umweltpolitik durch die Decke, die Lebensmittelpreise stiegen, jetzt wolle man auch die Ergebnisse der Borchert-Kommission umsetzen, Maßnahmen, die eine Verteuerung der Lebensmittelpreise zur Folge hätten – und das Ganze in einer Versorgungskrise. Das sei keine verantwortliche Politik.

Man wolle in der Landwirtschaftspolitik die Quadratur des Kreises. Da müsse sich die Landesregierung entscheiden. Entweder man betreibe eine intensive Landwirtschaft auf wenig Raum und könne so auch Flächen der Natur überlassen – dafür stünde seine Fraktion zur Verfügung –, oder man extensiviere die Bewirtschaftung, dann müsse man aber mehr Fläche dafür nutzen, auch dafür stünde seine Fraktion zur Verfügung. Doch CDU und Grüne betrieben die Extensivierung auf einer kleiner werdenden Fläche, weil sie keine Antwort darauf hätten. Jetzt sehe man einfach zu, wie 6 ha jeden Tag in NRW versiegelt würden und die Landwirte das Vertrauen in die Politik verlören.

Zerstört seien auch die Wälder. Die letzte Landesregierung habe viel Geld in die Beseitigung der Kalamitäten investiert, nicht, weil sie es gewollt habe, sondern weil sie es gemusst hätte. Doch die Förderung präventiver Maßnahmen sei da eher eine Seltenheit gewesen. Wenn im hiesigen Breitengrad aufgeforstet werde, neue Bäume angepflanzt würden, die ihr natürliches Verbreitungsgebiet nicht hier hätten, dann gehe jeder Waldbesitzer ein unternehmerisches Risiko ein. Auch hier sage die AfD, heimische und standortgerechte Baumarten seien im Sinne der Wirtschaftlichkeit der Wälder und auch des Naturschutzes. Nur so könne es gehen. Man werde gerade beim Landwirtschaftsministerium sehr genau schauen, ob nicht doch der grüne Minister im Wald auch Landwirtschaftsminister sei und werde das Ganze entsprechend kritisch begleiten. Denn jetzt säßen, wie er bereits gesagt habe, die Problemmacher in der Landesregierung mit drin.

Dr. Ralf Nolten (CDU) meint, die Strukturdebatte könne man führen. Es gebe viele Wege nach Rom. Da sei er gespannt. Auch in der Bundesregierung säßen sehr viele Minister aus Nordrhein-Westfalen. Da werde es jetzt ein intensives Werben darum geben, all die Dinge in einem Haus zusammenzuführen, wenn er die entsprechenden Stimmen gerade vernommen habe. Da sollte man abwarten, wie sich die Dinge entwickelten.

Nun könne man die Oppositionsrolle in vielen Worten darstellen. Es obliege den regierungstragenden Fraktionen nicht, den Tag vor dem Abend zu loben. Er dürfe schon versprechen, dass seine Fraktion nicht vor lauter Angst im Bett liegenbleibe und die Bettdecke hochziehe, denn das habe er aus den verschiedenen Interpretationen mitgenommen.

In den unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, die vorgenommen worden seien, sehe er eine schöne Projektion auf die Diskussion um die realen Probleme, die auf das Land zukämen, die der Ausschuss führen könne. Darauf freue er sich auch persönlich.

Norwich Rüße (GRÜNE) legt dar, er habe sich in der letzten Ausschusssitzung gefreut, als er gehört habe, was die Ministerien für die nächsten Jahre planen würden. Herr Brockes habe es gesagt, er habe sich an eine Reklame für Schweizer Hustenbonbons erinnert: „Wer hat es erfunden?“ Bei Herrn Brockes habe alles die FDP erfunden, man mache jetzt nur das, was die FDP damals erfunden habe, Videoüberwachung und so weiter. Wenn man einen Blick in den Koalitionsvertrag hineinwerfe, dann

stelle man schnell fest – das gelte insbesondere für den Bereich Schlachthöfe –, dass man weit darüber hinausgehe. An der Umsetzung könne man am Ende die beiden Ministerien messen. Gerade bei der Frage Schlachthöfe müsse man in die Umsetzung kommen. Daran könne man seine Fraktion auch nach fünf Jahren messen. Er hoffe, dass man da erhebliche Schritte vorankomme.

Nun habe Herr Brockes die Pflanzenschutzmittel erwähnt und habe von einer starken Reduzierung gesprochen. Fakt sei, dass das nicht überall der Fall sei. Seit Jahrzehnten sei der Pflanzenschutzmittelverbrauch annähernd auf gleich hohem Niveau. Es habe eine Reduzierung in den letzten Jahren gegeben. Da müsse man genau hingucken, welche Wirkstoffgruppe das betreffe. Das betreffe insbesondere die Fungizide. Das liege daran, dass man sehr trockene Jahre gehabt habe. Die Bauern hätten tatsächlich verzichten können. Spannend werde es in den nächsten Jahren, wenn die Witterung wieder anders werde.

Das Thema Artenvielfalt sei genannt worden. Bei den Pflanzenschutzmitteln brauche man eine weitergehende Reduzierung. Dazu sei in den Koalitionsvertrag geschrieben worden, wie man sich das vorstelle, dass man das erreichen könne. Herr Brockes und Herr Schneider hätten befürchtet, dass die beiden Ministerien nicht gut zusammenarbeiten würden. Herr Brockes habe fünfmal das Wort Glaube in dem Zusammenhang verwendet. Er glaube aber, dass das alles ganz kompliziert werde. Er glaube, dass es auch funktionieren könne. Das schaue man mal, wie das Miteinander in den nächsten fünf Jahren gehe. Er sei nicht so pessimistisch wie Herr Schneider und Herr Brockes und vertraue darauf, dass die Häuser gut miteinander die Sachthemen bearbeiten würden.

3 **Eyller Berg: Ein Ende ist in Sicht – wie steht es um die Abwicklung der Deponie?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/237

René Schneider (SPD) gibt an, er frage regelmäßig nach dem Eyller Berg und habe an sich vorgehabt, diese Berichts-anfrage ein letztes Mal zu stellen, weil bei allen Beteiligten die Hoffnung groß gewesen sei, dass der Vergleich, der geschlossen worden sei, endgültig dazu führe, dass diese Deponie am 31.12.2022 geschlossen werde.

Aufgrund der bösen Erfahrungen, die man mit dem Betreiber bislang habe machen müssen, würden jetzt die schlimmsten Ahnungen wahr: Der Betreiber beklage ein weiteres Mal alles, was irgendwann einmal fixiert worden sei – aus seiner Sicht mit fadenscheinigen Gründen. Er habe hier wenig Kritik an das Haus oder an die Bezirksregierung zu richten, sondern zuallererst einen Appell an Herrn Minister Krischer. Er mache das Spiel mit, seit Minister Remmel 2015 den ersten Vergleich an vorderster Stelle initiiert habe. Dieser Vergleich werde von vielen als unausgegoren und schlecht empfunden, weil er so viele Lücken gelassen habe, die dazu geführt hätten, dass 2021 unter Ministerin Heinen-Esser ein weiterer Vergleich habe getroffen werden müssen.

Allen Vorgängern gemein sei aus seiner Sicht das Gefühl gewesen, das wuppe man schon. Mit der Betreiberfirma habe man ein Gegenüber, das jede juristische Finte versuche zu nutzen. Da helfe es nichts, mit Greenhorns in den Ring zu steigen. Da müsse man zur Not – das sei beim letzten Vergleich auch geschehen – externen juristischen Sachverstand dazu holen. Man sollte diesen Sparringpartner nicht unterschätzen, da sollte Herr Krischer nicht den Fehler machen, den vielleicht andere Vorgänger gemacht hätten.

Nun habe er eine Bitte und eine Frage. Die Bitte sei in seiner Pressestellungnahme schon zum Ausdruck gekommen in Form einer Kritik, einen engeren Draht zu der Standortkommune zu pflegen. Bereits im Juli sei klar gewesen, dass da Unheil drohe. Am 7. Oktober sei die Klage eingegangen. Die Stadt habe bis zur Berichtsvorlage nicht gewusst, dass am 31.12. gerüttelt werden solle. Das gehe so nicht. Das gehe vor allen Dingen deswegen nicht, weil man unter Umständen erleben werde, dass der Betreiber ab dem 01.01.2023 seinen Schlagbaum trotzdem hochziehe und Lkws auf die Deponie fahren lasse. Er solle gesagt habe, eigentlich brauche er keine Genehmigung, wenn man ihm die nicht erteile. Er habe auch so das Recht, da weiter zu kippen.

Das heiße, man müsse ordnungsbehördlich sicherstellen, dass da kein Lkw drauf-fahre. Er mache sich keine Illusionen, der Minister werde sich da nicht an die Tür ketten, das sei auch nicht seine Aufgabe. Er müsse aber mit der Bezirksregierung zusammenarbeiten. Da brauche man die Behörden vor Ort, da brauche man ein Ordnungsamt, eine Stadtverwaltung, die ein Auge darauf habe, die melde, auf dieser Deponie sei etwas los. Das sei auch keine Fantasie, die in das Reich des Nebulösen gehöre, er denke sich da auch keine Räuberpistolen aus. Diese Gefahr sei real. Da sei seine

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

herzliche Bitte, auch wenn der 2. oder 3. Januar Tage seien, wo alle lieber woanders seien, sicherzustellen, dass die Behörde so präsent sei, dass das nicht passiere.

Sein Appell: enger Kontakt zur Stadt. Er frage, ob es da schon Überlegungen gebe, wie man das ordnungsbehördlich durchsetzen werde.

Minister Oliver Krischer (MUNV) gibt Herrn Schneider recht. Das sei ein Vorgang – Herr Schneider habe sich sicher länger und intensiver damit auseinandergesetzt als er –, dass es schon erstaunlich sei, dass jemand, der Vergleiche schließe, dann, wenn die Vergleiche relevant würden, alles wieder in Frage stelle. Er müsse nun das nicht weiter ausführen, was in dem Bericht stehe. Man werde das entsprechend umsetzen. Es gebe klare Vorgaben, was geregelt werden müsse.

Er nehme den Hinweis gerne mit, noch einen intensiveren Austausch mit der Standortkommune zu pflegen. Selbstverständlich werde man ein genaues Auge darauf haben, was am 01.01.2023 oder Tage später passiere. Die Festlegungen des Vergleiches seien sehr klar. Sein Ministerium werde mit allen Ordnungsbehörden dafür sorgen, dass das umgesetzt werde. Natürlich habe die Betreiberin ein Recht zu klagen. Man werde sehen, was bis dahin noch passiere.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für den Bericht. Er werde ausgeführt, dass die Deponie im Moment – das sei Ende August gewesen – eine Höhe von 73,97 m NN habe. Bis 74 m NN sei zugelassen. Er frage, ob der Minister davon ausgehe, dass die zulässige Höhe auch eingehalten werde, beziehungsweise welche Maßnahmen ergriffen würden, wenn diese Höhe überschritten werde.

In dem Bericht sei zu lesen, dass für die nächsten zehn Jahre die Entsorgungssicherheit für gefährliche Abfälle in Deponien der Deponieklasse III vorhanden sei. Das wäre bis 2032. Ihn interessiere, wie der Minister die Zeit danach sehe unter dem Gesichtspunkt, dass man für die Genehmigung und den Bau einer solchen Deponie fast zehn Jahre benötige.

Minister Oliver Krischer (MUNV) schickt voraus, er glaube immer an das Gute im Menschen, Herr Abgeordneter Brockes sicher auch. Er gehe davon aus, dass sich der Betreiber an die Auflagen halte. Wenn er das nicht tun sollte – das werde überprüft –, werde man entsprechende Maßnahmen ergreifen. Was das im Einzelnen sein werde, hänge dann von den Dingen ab, die gegebenenfalls nicht eingehalten würden. Das müsse man im Einzelfall sehen. Es gebe eine Vielzahl von Festlegungen im Rahmen der Vergleiche. Da gehe es nicht nur um die Deponiehöhe, sondern auch um andere Fragen.

Zu der zweiten Frage: Die Entsorgungssicherheit sei für die nächsten zehn Jahre gesichert, und zwar für mindestens zehn Jahre. Insofern sei der Zeitraum überschaubar. Wenn sich hier entsprechende Engpässe darstellen sollten, dann werde man sicherlich darüber eine politische Diskussion führen müssen, welche Maßnahmen hier zu ergreifen seien. Im Moment zeige sich dieser Engpass aus Sicht des Ministeriums nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

4 Was wird aus dem Verkauf der landeseigenen Waldflächen an den Freizeitpark „Phantasialand“? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/235

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/235 zur Kenntnis.

5 **NRW-Pegelmessgesetz: Wann zieht die Landesregierung Konsequenzen aus der Flutkatastrophe?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/228

René Schneider (SPD) erinnert an die Sondersitzung des Umweltausschusses am 9. August 2021, die sich thematisch um die Frage gedreht habe, was zwischen dem 12. und 19. Juli passiert sei, die Flutkatastrophe. Er habe sich das Protokoll noch einmal durchgelesen. Frau Heinen-Esser habe damals gesagt:

„Bei den kleinen Flüssen fehlt uns aber die tatsächliche Prognose, das ist das erste Ziel, das wir erreichen müssen.“

Weiter:

„Das wird einzelne Sachschäden nicht verhindern, aber zumindest wird es helfen, Personenschäden zu verhindern. Das ist, denke ich, das zentrale Anliegen.“

Das sei am 09. August 2021, vor 15 Monaten gewesen. Professor Mudersbach habe im Auftrag das LANUV ein Gutachten erstellt, das bis jetzt nicht veröffentlicht worden sei. Er frage, ob dieses Gutachten von September 2021 dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden könne. Professor Mudersbach habe ein weiteres Gutachten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, ein öffentliches Gutachten erstellt, in dem er unter anderem schreibe: Als besonders relevant wird auch eine Novellierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau von Pegelanlagen angesehen. – Zitat Ende. Das alles geschehe schon sehr früh nach der Flutkatastrophe.

Im realen Leben – das sei der Grund für die Anfrage – stelle sich die Frage, was da draußen passiert sei. Das Haus erkenne es und sage der Ministerin, das musst du sagen. Die Pegelstände seien schuld. Er frage, was in den vergangenen 15 Monaten passiert sei.

Ihm gehe es jetzt erst einmal nicht um Schuld. Der Bericht habe ihn umgehauen. Wohlwissend, dass es an Pegeln an kleinen und mittleren Flüssen fehle, sei das Einzige, was in den vergangenen 15 Monaten passiert sei, laut dem Bericht ein Gutachten, das Ende des Monats vorliegen solle, vielleicht auch schon vorliege, in dem drin stehen solle, an welchen Stellen man einen neuen Pegel aufstellen könnte. Das sei das Ergebnis nach 15 Monaten, obwohl – Zitat – die Ministerin am 9. August gesagt habe:

„Deswegen brauchen wir in der Tat ein neues Messsystem, sodass wir auch an den kleineren Flüssen über Radarmessungen immer genau wissen, wie sich dort die Pegel verändern, um eine frühzeitige Warnung zu erhalten. Dafür gibt es bereits eine Übersicht der Flüsse, die da zu betrachten sind.“

Auch das sei klar gewesen. Keine einzige Pegelmessstelle sei seit dem 9. August, seit der Flutkatastrophe neu in Betrieb gegangen – im Gegenteil. Es gebe insgesamt 293

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

Pegelmessstellen, von denen 37 Pegeln – er zitiere – „in einem für den langfristigen Betrieb ungeeigneten Zustand sind“, also nach 15 Monaten immer noch nicht in den Ursprungszustand versetzt worden seien. Das werfe viele Fragen auf, die werde er jetzt hintereinander stellen. Er bitte, diese im Zusammenhang zu beantworten.

Von den 37 Pegeln, die in einem ungeeigneten Zustand seien, würde ihn interessieren, wie viele davon Hochwassermeldepegel seien, also die, von denen man ausgehe, dass sie dauerhaft Daten lieferten. Es gebe 84 Hochwassermeldepegel – er sage, das seien die guten – und 209 gewässerkundliche Pegel, die nicht sicher seien, wo man nicht genau wüsste, wenn sie Daten lieferten, sie seien nice to have. Er wüsste gerne, wie viele von den 37, die nicht im ordnungsgemäßen Zustand seien, tatsächlich Teil dieser 84 Hochwasserpegel seien.

In dem Bericht heiße es, Hochwassermeldepegel seien redundant aufgebaut und unabhängig von der Stromversorgung. Er frage, ob dies gleichbedeutend sei mit Klimaresilienz und Katastrophensicherheit. Das sei keine Erbsenzählerei. Da gehe es tatsächlich um einen sehr großen Unterschied. Professor Mudersbach, der dem LANUV als externer Gutachter zur Seite stehe, mache deutlich, dass es in Zukunft Hochwasserpegel geben müsse, die klimaresilient und katastrophensicher seien. Das heiße, sie hätten zwei oder drei Zuwege Strom, mehrere Datenleitungen, mehrere Messverfahren, und sie hätten insofern eine Besonderheit, dass sie mehrere Hunderttausend Euro kosten würden, solche klimaresilienten, katastrophensicheren Messstellen.

Er frage, wie hoch der Haushaltsansatz sein werde, den der Minister für 2023 anmelde, um solche Anlagen, die derart teuer seien, künftig zu bauen. Wo sie hingehörten, wisse man spätestens Ende des Monats.

Nun sei gefragt worden, ob die Wasserrahmenrichtlinie der Schaffung und dem Bau solcher katastrophensicheren Meldepegel entgegenstehe. Darauf werde geantwortet, die Wasserrahmenrichtlinie spiele da keine Rolle, stehe nicht im Wege. Er zitiere nun Herrn Mudersbach, der in dem Untersuchungsausschuss aus dem bisher unveröffentlichten Gutachten des LANUV zitiere:

„Als besonders relevant wird auch eine Novellierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau von Pegelanlagen angesehen.“ – Er frage, was diese rechtlichen Rahmenbedingungen seien, die aus seiner Sicht novelliert werden müssten, wenn es nicht die EU-Wasserrahmenrichtlinie sei, wenn seine präzisierende Aussage im PUA II laute, dass durch eine nötige Betonierung – man müsse sich das so vorstellen, dass 20 m des Flusses betoniert werden müssten – keine Durchlässigkeit für Fische mehr gegeben sei. Diese Art des Baus führe also dazu, dass das nach EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht möglich sei. Das widerspreche klar der Wasserrahmenrichtlinie.

Professor Mudersbach habe als Sachverständiger in diesem Ausschuss – da werde auch unter Eid ausgesagt, da werde er sich nichts ausdenken – deutlich gemacht, dass die Hochwasserrichtlinie da im Wege stehe. Er frage sich, warum das Ministerium das an dieser Stelle negiere und sage, die EU-Wasserrahmenrichtlinie spiele da keine Rolle. Nun habe er viele Fragen. Immerhin habe man 15 Monate Zeit gehabt, etwas zu tun. Es gehe ihm nicht um Schuld, das werde an anderer Stelle geklärt werden

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

müssen. Ihm gehe es um die Aufarbeitung, was nicht getan worden sei. Jetzt würden für den Nachtragshaushalt 2022 31 neue Stellen beantragt. Er wüsste gerne, warum die nicht schon von der Vorgängerin beantragt worden seien. Ihn interessiere, ob es den Hinweis aus dem Haus nicht schon an Frau Heinen-Esser gegeben habe, die im August 2021 deutlich gesagt habe, man brauche da eine Aufstockung, man müsse da etwas tun. Er frage, warum nicht schon für den Haushalt 22 diese Anmeldung erfolgt sei.

Der Redner erkundigt sich, für wie wahrscheinlich der Minister es halte, dass man diese 31 Stellen mit hochprofessionellen Menschen, die man auf dem Markt nicht ohne Weiteres bekomme, auch tatsächlich besetzen könne.

Minister Oliver Krischer (MUNV) bedankt sich für die Fragen und Ausführungen, weil Herr Schneider beeindruckend und nachdrücklich die Herausforderungen geschildert habe, vor denen man tatsächlich stehe. Das mache die Schwierigkeiten deutlich, warum es selbst bei einer solchen Frage, dass man einen Pegel baue, Herausforderungen gebe, auf die man bei oberflächlicher Beschäftigung mit diesem Thema überhaupt nicht komme. Das zeige, welche unterschiedlichen Konsequenzen im Bereich Hochwasserschutz aus der Flutkatastrophe 2021, die er als Betroffener selber habe miterleben müssen in der Eifel – er habe Bilder im Kopf, die ihm wahrscheinlich nie wieder aus dem Kopf gehen würden –, gezogen werden müssten.

Er sage ganz offen, man werde nicht den Tag erleben, bei dem man an den Punkt komme, jetzt sei alles gut, jetzt sei alles geregelt. Die Herausforderungen, die vor dem Land lägen, seien so groß, dass das eine Generationenaufgabe sei, die einen da beschäftige, weil man mit völlig anderen Situationen konfrontiert sei durch die Folgen der Klimakrise und möglicher Starkregenereignisse und die Konsequenzen. Die Frage der Pegel sei nur ein Aspekt, den man da sehen müsse.

Die Hochwasserkatastrophe werde sein Haus, den Geschäftsbereich, aber auch die Landesregierung insgesamt sowie andere politische Ebenen – sowohl die kommunale Ebene als auch die Bundesebene – noch lange beschäftigen, wenn man tatsächlich nachhaltige Konsequenzen aus dieser Krise und dem Ereignis ziehen wolle.

Herr Schneider habe auf einen Aspekt abgehoben. Der habe es schon in sich. Es sei in der Tat richtig: Pegel seien in dieser Flutkatastrophe nicht nur beschädigt, nicht nur funktionsuntüchtig geworden – er habe sich das an einigen Stellen angesehen –, sie seien schlicht und ergreifend gar nicht mehr da, sie seien einfach weg. Diese Gewalt habe das Wasser ausgeübt. Deshalb sei es sicherlich richtig, dass er die Vorgänge, die von 2021 bis Ende Juli 2022 gingen, nicht bewerten könne. Die Priorität sei, dass diese beschädigten Pegel auf jeden Fall wieder in Betrieb gesetzt würden. Das sei geschehen. Frau Dr. Pawlowski vom LANUV könne sicherlich gleich Details nennen, was die Fragestellungen von Redundanzen, die Datenübertragung angehe.

Zur Frage der Wasserrahmenrichtlinie: In dem Bericht heiße es nicht, die Wasserrahmenrichtlinie habe nichts damit zu tun, sondern man werde selbstverständlich diese Pegel wasserrahmenrichtlinienkonform errichten. Da seien entsprechende Verfahren

anzuwenden. Man habe bisher in keinem einzigen Fall – das sei jedenfalls der Stand, der sich jederzeit ändern könne, da man über viele Pegel rede, auch über die Fragen, welche neu hinzukämen – den Stand, dass sich aus Sicht des Ministeriums dergestalt ein Problem mit der Wasserrahmenrichtlinie ergebe, dass die Pegelanlagen nicht zu errichten wären.

Herr Schneider habe dankenswerterweise erwähnt, dass man eine erträgliche Zahl von neuen Stellen habe, die sich mit dieser Frage auseinandersetzen, die dieses Problem anpacken würden. Selbstverständlich habe man in diesem Bereich wie in allen Bereichen das Problem der Personalgewinnung. Aber wenn man erst gar nicht die Stellen einrichte, um die Leute einzustellen, dann werde man niemals die Menschen finden können, die dann diese Aufgabe erledigten. Deshalb sei das der erste Schritt. Man werde alles tun, um Menschen zu gewinnen, die für das Land, für die Menschen in diesem Land und für den Hochwasserschutz diese entscheidende Aufgabe bewältigen könnten.

Er sei optimistisch. Die Landesregierung sei an vielen Stellen auch im LANUV aktiv. Er mache darauf aufmerksam, dass das LANUV eine der arbeitnehmerfreundlichsten Behörden in der Bundesrepublik Deutschland sei. Frau Dr. Pawlowksi könne dazu sicherlich weitere Ausführungen zu machen. Da werde man alles tun, um attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit man Menschen gewinnen könne. Er sei optimistisch, dass das dann auch gelinge.

Herr Schneider habe recht, es sei wie in allen Bereichen eine riesige Herausforderung, das hinzubekommen. Bevor das aber gelingen könne, dürfe man nicht vergessen: Es gebe sowohl im Nachtrag entsprechende Stellen als auch im Haushaltsentwurf 2023. Da komme es auch darauf an, dass der Landtag, zumindest in seiner Mehrheit, dieser Stärkung des Hochwasserschutzbereiches, die die Landesregierung jetzt betreibe, die prioritär sei, die entsprechende Unterstützung gebe. Sonst könne man am Ende auch nicht darüber reden, wie man die Leute gewinne. Er sei froh zu hören, dass auch bei der Opposition die Unterstützung da sei, diesen Kurs mitzugehen. Dann könne man gerne darüber berichten, wie erfolgreich die Personalgewinnungsmaßnahmen seien.

Zur Frage, wie die einzelnen Pegel aussähen, welche Maßnahmen im Moment noch zur Ertüchtigung ergriffen würden, bitte er Frau Pawlowski, Auskunft zu geben.

Präsidentin Dr. Sibylle Pawlowski (LANUV) gibt an, in dem Bericht sei dargelegt worden, dass es prioritär darum gegangen sei, die beschädigten Pegel – das seien nicht nur Hochwassermeldepegel – wieder funktionsfähig zu machen für ihre Funktion vor allem der Hochwassermeldung. Die Hochwassermeldung müsse sofort in Echtzeit passieren, bei gewässerkundlichen Pegeln sei das nicht unbedingt der Fall. Und man brauche – das habe man im Hochwasserfall gesehen – erhebliche Redundanzen. Ein System falle aus. Die Übertragung über Telefonleitung oder Mobilfunk sei nicht wirklich eine Option. Man wisse auch, Mobilfunkmasten seien in Regionen ausgefallen. Da sei dann überhaupt kein Empfang mehr gewesen.

Man habe es immerhin jetzt mit dem vorhandenen Personal geschafft, die Pegel funktionstüchtig für den Hochwasserfall zu machen. Das sei für das LANUV das absolute Primat gewesen. Das sei auch gewährleistet.

Die übrigen Maßnahmen liefen weiter. Die Nachrüstung von gewässerkundlichen Pegeln, die Ertüchtigung dieser redundanten, echtzeitübertragenden Hochwassermeldepegel laufe. Das Hochwassermeldenetz sei ausgeweitet worden, noch nicht mit Warnmeldungen versehen, aber die Pegel seien entsprechend ertüchtigt worden. Das seien die wesentlichen Schritte. Und die 84 Pegel seien zur Verfügung gestellt worden, die Echtzeit und redundant funktionieren müssten. Das machten sie, einige Pegel seien noch stark unterhaltungsbedürftig. In diese Fälle müsse man viel Arbeit reinstecken, aber sie funktionierten. Schneller sei es bislang nicht möglich gewesen.

Es sei nicht nur das ertüchtigt worden, was kaputtgegangen sei, sondern man habe parallel das, was möglich gewesen sei, an gewässerkundlichen Pegeln ertüchtigt. Da gebe es diese Untersuchung, bei dem die ersten Schritte durch das MUNV beauftragt worden seien, das sei die Untersuchung von Hydrotec, wo geguckt werde, welche Kriterien man anlegen müsse, um neue Pegelstandorte zu identifizieren, zu sagen, wo die Pegel sein müssten. Das diene auch der Evaluation des gesamten Netzes. Das sei eine grundlegende Aufgabe, deswegen sei sie auch noch nicht abgeschlossen. Da werde das gesamte Pegelnetz auf der Grundlage evaluiert. Es gebe aber auch No-Regret-Pegel, die habe man weiter ertüchtigt.

Die Funktionsfähigkeit für den Hochwasserfall sei sichergestellt. Funktionsfähigkeit heiße, was zum Beispiel nicht bei allen Pegeln gewährleistet sei. Sie riefen nicht selbst an, sie müssten angerufen werden, oder auf eine andere Art und Weise, nämlich auf dem Bildschirm, müsse der Wasserstand gekennzeichnet werden. Die Pegel riefen bei Überschreitung von Warnwerten die zuständigen Stellen an. Das sei bei zwei, drei Stellen nicht der Fall. Sie könnten noch nicht selbst anrufen. Wenn man wisse, wo das Hochwasser sei. Es gebe durchaus verbesserte Prozesse in der Abstimmung bei dem Thema Betrachtung von Hochwassergefahren. Dann wisse man, welche Pegel man von den 93, die es gebe, betrachten müsse.

René Schneider (SPD) ist über die vielen warmen Worte begeistert. Bei warmen Worten müsse man als Politiker immer aufpassen, die hätten meistens einen Hintergrund. Inhaltlich würden ihm einige Antworten fehlen. Ende des Monats wisse man, wo die neuen Pegel hinkämen, auf die alle warten würden, auf die schon Frau Heinen-Esser hingewiesen habe. Er frage, wie hoch der Haushaltsansatz sein werde, den der Minister anwende. Von irgendwoher müsse das Geld ja kommen.

Ihm sei nicht deutlich geworden: Herr Professor Mudersbach habe detailliert darüber gesprochen, wie eine klimaresiliente, katastrophensichere Messstelle aussehen müsse mit der Zubetonierung, mit der Verunmöglichung der Durchlässigkeit für den Fisch. Er sei zu dem Ergebnis gekommen, das könne eigentlich nicht wasserrahmenrichtlinienkonform sein. Er zitiere noch einmal das Gutachten aus dem Jahre 21, wobei er bitte, das zu veröffentlichen und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Da sage

der Professor, es sei wichtig, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu novellieren. Er frage, welche er da meine.

Präsidentin Dr. Sibylle Pawlowksi (LANUV) schickt voraus, sie habe 20 Jahre lang Wasserrecht gemacht. Das Gutachten liege vor. Professor Mudersbach habe für das LANUV untersucht, Kriterien aufgestellt, wie eine hochwasserresiliente Messstelle aussehen solle. Das sei sein Auftrag gewesen. Er habe das an einzelnen Stellen konkretisiert, exemplarisch. Sein Auftrag sei gewesen darzulegen, wie eine hochwasserresiliente Messstelle aussehen müsse. Das Thema Wasserrahmenrichtlinie sei offensichtlich in einem gewissen fachlichen Dissens – sie sage das mal höflich – zwischen Professor Mudersbach und ihren Leuten. Das LANUV habe schon in der Vergangenheit Messstellen gebaut, die wasserrahmenrichtlinienkonform seien und die hochwasserresilient seien.

Früher hätten Messstellen teilweise so ausgesehen: Das gesamte Gewässer sei mit Beton zugemacht worden. Dann habe rechts die Messstelle gestanden. So habe man nach alter Tradition Messstellen gebaut. So baue man heute Messstellen nicht mehr. Das habe nichts mit Hochwasserresilienz zu tun. Das sei das eine.

Das Zweite sage sie als Juristin: Selbst wenn man zu gewissen Eingriffen kommen müsse, um Hochwasserresilienz herzustellen – das habe sie auch mit ihren Leuten im Vorgriff auf die Ausschusssitzung diskutiert –, dann habe das noch lange nicht etwas mit dem Verschlechterungsverbot und dem Zielerreichungsgebot für den gesamten Wasserkörper zu tun. Das sei eine sehr begrenzte Maßnahme.

Die Durchgängigkeit sei das entscheidende Thema. Die müsse hergestellt werden. Nun habe man auch woanders Stauungen. Sollte es tatsächlich so sein, dass es in einem absoluten Einzelfall nicht möglich sein sollte, eine Durchgängigkeit auf normale Art herzustellen, ohne dass man da zu viel Beton reinbaue, dann gebe es Maßnahmen, wie die anderweitig hergestellt werde. Diesen Konflikt könnten sie und ihre Leute nicht erkennen. Sie vermute, Professor Mudersbach meine mit den rechtlichen Regelungen eher die technischen Überlegungen. Da seien bestimmt noch Nacharbeitungen erforderlich, weil man lange tradiert gebaut habe. Es gebe diverse Messstellen im Land, die neu gebaut seien, die wasserrahmenrichtlinienkonform seien und die nicht kaputtgegangen seien.

Auf eine Nachfrage von **René Schneider (SPD)** antwortet **Minister Oliver Krischer (MUNV)**, natürlich gebe es einen Haushaltsansatz für Hochwasserschutz. Dieser Haushaltsansatz werde sich mit den Aufgaben entsprechend erhöhen, wobei die Frage der Pegel bei Weitem nicht das Einzige sei, sondern man auch über andere Fragestellungen rede und das in einem Sammeltitel sei. Deshalb könne er nicht im Detail sagen, welche Pegel genau da veranschlagt seien. Das Ministerium gehe nicht davon aus, dass man sich – das könne er nach den Erläuterungen von Frau Dr. Pawlowski sagen – im Millionenbereich bewege. Das würde ihn überraschen. Jeder einzelne Pegel sei anders und verursache andere Kosten in seiner Einrichtung.

Woran man auch arbeite – das werde Herrn Schneider bei der Beschäftigung mit dem Thema bekannt sein –, es gebe auch eine Reihe von Messdatenpegel auch anderer Institutionen. Es sei eine weitere Herausforderung und Aufgabe, diese auch intelligent miteinander zu vernetzen, auf diese Daten zurückzugreifen. Auch das sei eine Aufgabe, um die man sich kümmern, die gemacht werden müsse, weil das Daten seien, die heute schon erhoben würden und die selbstverständlich in das Messsystem eingebunden werden könnten.

Es gehe nicht nur um Maßnahmen, die am Ende beim Thema LANUV und seinem entsprechenden Messnetz ressortierten. Er weise auch darauf hin, weil eben der Eindruck entstanden sei, diese 31 Stellen seien nur das, was man für diesen Bereich beim LANUV habe. Es werde auch entsprechende Stellenausweitungen bei den Bezirksregierungen geben, was die Kommunikation angehe, zumindest seien die Stellen beantragt. Der Landtag müsse das am Ende beschließen, damit man hier eine Ausstattung habe, die den Hochwasserschutz in allen Bereichen am Ende sicherstelle. Es nütze nichts, wenn man an ein paar Stellen gute Pegel habe, aber die Kommunikation nicht funktioniere und das Material, die Daten im akuten Fall nicht die Menschen beziehungsweise die Zuständigen erreichen würden, die auch Konsequenzen ziehen könnten.

Dr. Ralf Nolten (CDU) kommt auf die Pressemitteilung von Herrn Schneider zurück, in der es heiße, man hätte viel Zeit verloren, basierend auf einem Zitat von der früheren Ministerin Frau Heinen-Esser. Herr Schneider habe dieses Zitat wiederholt. Wenn man das Zitat nehme, dann werde darin verwiesen, dass man eine bessere Vorhersage brauche, mehr Pegelmessstellen, gerade an kleineren und mittleren Flüssen.

Es gehe also nicht nur darum, diejenigen wieder neu aufzustellen, die zerstört und weg seien, sondern es gehe anders als an der Ahr, wo man Stunden Zeit hatte, halbe Tage Zeit hatte, um der Flutwelle zuzugucken, wie sie durchlaufe, darum, dass man gerade in den Mittelgebirgslagen der Eifel sehr schnelle Ereignisse gehabt habe und vom Hangwasser betroffen gewesen sei, von kleinen Bächen, die bisher gar nicht im Netzwerk drin seien.

Anfang August – vor diesem Eindruck habe Frau Ministerin Heinen-Esser eine entsprechende Aussage gemacht – habe es ein Treffen gegeben, unter anderem mit einem Vertreter vom Institut für Wasserwirtschaft – die RWTH Aachen sei mit dabei gewesen –, in dem man vorgeschlagen habe, dass man ein anderes Messnetz brauche. Vor diesem Hintergrund habe man gesagt, man mache ein Forschungsprojekt, Starkregen und Überflutungswarnsystem für kleine Mittelgebirgseinzugsgebiete. Es sei klar gewesen, dass mit LANUV, IWW und anderen Experten ein Projekt im Bereich der Eifel initiiert werde, dass man entsprechende Erfahrungen hinsichtlich der Pegel mache, wo man sie platziere, wie sie technisch aufgebaut werden müssten. Dahinter gehörten auch die Algorithmen, damit man die Daten, die man habe, miteinander in Verbindung setze, um die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Man wolle ein Forschungsprojekt daraus machen. Zeitgleich sei das Projekt hochwasserresiliente Stadtentwicklung im Bereich der Inde und Vicht in Stolberg und Eschweiler gelaufen, um zu sehen, wo man Aufweitungen mache, wo man den Flusslauf verändere.

Es mache keinen Sinn, irgendwo einen Pegel hinzusetzen und andere gewässertechnische Maßnahmen nachher zu machen und zu sagen, eigentlich müssten die woanders hin. Dann müsse man die Algorithmen neu machen. Die Grundidee dieses Projektes laute, Informationen aus Essen, aus Aachen und vom LANUV zusammenzubringen, zwei Jahre an dem Modell zu arbeiten und das im dritten Jahr entsprechend umzusetzen. Das sei überall transportiert worden. Der Wasserverband Eifel-Ruhr solle das federführend machen in einem großen Projektteam mit Vertretern auch aus anderen Bundesländern, die mit eingebunden würden, um das auf die anderen Bereiche zu übertragen.

Er halte die Aussage nicht für redlich, bezogen auf dieses Projekt, bezogen auf die kleinen und mittleren Bäche und Flüsse, zu sagen, ein Jahr später sei das noch nicht umgesetzt. Das sei auch nie so transportiert worden. Das eine sei, wie gesagt worden sei, No-Regrets zu machen, das andere sei, das System insgesamt zu erweitern. Herr Schneider vermenge die Dinge munter, um hier irgendeine plakative Aussage zu machen.

Er sei schon der Meinung, dass man die Zeit brauche, um ein gutes, nach vorne gerichtetes Pegelmesssystem zu haben. Das seien nicht nur die Pegelmesssysteme, die in der Verantwortung des LANUV stünden, sondern da seien auch noch die anderen der Wasserverbände mit dabei, der sogenannten dritten. Wie beschrieben worden sei, es solle zukünftig versucht werden, die stärker zusammenzuführen, damit die Pegel, die die Gewässergütemessung machten, in Zukunft mit ihren Informationen zur Verbesserung der Hochwasserprognose insgesamt beitragen könnten. Er habe sich da schon geärgert. Den zeitlichen Horizont für dieses Projekt zu kritisieren, das von Anfang an nicht auf zehn Monate ausgerichtet gewesen sei – bei dem von Anfang an klar gewesen sei, hier arbeiteten Wissenschaftlergruppen zusammen, das brauche gut zwei Jahre, um das Ganze umzusetzen –, diese Argumentation halte er für unredlich.

Norwich Rüße (GRÜNE) meint, Herr Schneider habe da ein Katastrophenszenario aufgestellt. Er sei auch Mitglied des PUA gewesen und habe das alles sehr gut nachverfolgt. Die Pegel seien ein Punkt unter vielen. Da gelte es, eine Menge abzuarbeiten, das werde auch nach und nach geschehen. Dr. Nolten habe gesagt, dass manche Dinge auch Prozesse seien, wo es sich auch erübrige nachzufragen, wieso sei das noch nicht geschehen. Wichtig sei es, deutlich zu unterscheiden zwischen der kurzfristig erfolgten Wiederherstellung eines funktionierenden Messnetzes, dass man tatsächlich die Pegelstände wieder bekomme – das habe Frau Dr. Pawlowksi dankenswerterweise deutlich dargestellt –, und dem anderen, nämlich dem Aufbau eines modernen Netzes, was ein paar Jahre Zeit dauere.

In der Vorlage werde die Wiederherstellung der zerstörten und beschädigten Messstellen als Priorität beschrieben. Herr Schneider habe erwähnt, wie viele kaputtgegangen seien, er habe aber nicht gesagt, dass die alle wiederhergestellt worden seien, zwar mit erhöhtem Aufwand teilweise betrieben werden müssten, aber sie seien alle wiederhergestellt.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

Es freue ihn, dass alle mittlerweile der Meinung seien, dass es im Bereich Umweltverwaltung viel zu tun gebe, dass man da personell aufstocken müsse. Im Koalitionsvertrag seien 5 x 200 Stellen für die Umweltverwaltung verankert. Wenn man nun sage, niemand wisse, ob den Stellen auch die Menschen folgen würden, dann sage er, man könne die Botschaft an junge Menschen richten, Umwelttechnik zu studieren und der Staat, zum Beispiel das LANUV, biete Arbeitsplätze an. Davon könne man heute ausgehen. Das habe man jahrelang nicht gekonnt, weshalb sich viele junge Menschen nicht mehr für diese Berufe interessiert hätten. Jetzt dauere es, bis sich das aufbaue. Das könne man nicht ändern. Viele Prozesse würden Zeit brauchen. Aber man setze es jetzt in Gang. Das finde er sehr positiv. Er bedanke sich ausdrücklich bei Frau Dr. Pawlowski, dass sie dargestellt habe, dass man ein wieder funktionierendes Messnetz habe.

Minister Oliver Krischer (MUNV) betont, da gebe es keinen Dissens. Das Pegelmessnetz – Herr Rüße habe es auch gesagt – sei wiederhergestellt. Jetzt gehe es darum, das Messnetz auszuweiten. Dass das eine Zeit dauere, sei völlig normal. Es sei ausführlich beschrieben worden, was alles zu beachten sei, und dass es da auch unterschiedlich Gutachten und Wissenschaftseinschätzungen gebe.

Er rege an, dass sein Haus die Planung, was das Pegelnetz angehe, einmal detaillierter im Ausschuss vorstelle, damit sich alle ein Bild davon machen könnten, was im Einzelnen erarbeitet worden sei und noch weiter erarbeitet werde.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

6 Wasseraufbereitung in NRW: Chemikalien zur Wasserreinigung werden knapp (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/236

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/236 zur Kenntnis.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

7 Nährstoffmanagement in der NRW-Landwirtschaft – Verkennt die Landesregierung das Unterversorgungsproblem? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/233

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/233 zur Kenntnis.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

8 Auswirkungen der hohen Betriebskosten auf die nordrhein-westfälische Landwirtschaft *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/234

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für den Bericht. Er habe einige Nachfragen. Es werde darauf hingewiesen, dass die Energieberatung durch die Kammern durchgeführt werde. Er wüsste gerne, wie das konkret aussehe, wie es von den Landwirten angenommen werde, ob da Zahlen vorlägen und ob diese Beratung für die Betriebe kostenlos sei, ob die Finanzierung über den Nationalen Energie- und Klimafonds laufe. Auch würde ihn interessieren, ob das über das Jahr 2022 hinaus weiter angedacht sei, ob es eine Fortsetzung im Jahre 2023 gebe.

Dann heiße es, dass man mit den Verbänden der Ernährungswirtschaft im Austausch sei. Er wüsste gerne, welches Feedback man da erhalte, ob man mit den Maßnahmen zufrieden sei oder ob es Nachsteuerungsbedarf gebe.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) weist darauf hin, dass in dem Bericht viel darüber stehe, was die EU mache, was von der Bundesregierung komme, etwa das Kleinbeihilfe-Programm, wie das alles ausgezahlt werde. In ihrer Familie gebe es einen Landwirt, der gesagt habe, so schnell sei er noch nie an Fördermittel gekommen, es sei super gelaufen im Gegensatz zu der Bürokratie, die andere Fördertöpfe nach sich zögen.

Aufgefallen sei ihr, dass es in dem Bericht heiße:

„Eine länderspezifische Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe über die vorgenannten Maßnahmen hinaus ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich.“

Herr Wüst habe in seiner Regierungserklärung von einem Sofortprogramm für die Landwirtschaft gesprochen habe, um bäuerliche Familien zu stärken und die Landwirtschaft mit Blick auf Versorgung und Klimaschutz weiterzuentwickeln. Sie frage, wie das zusammenpasse, dass einerseits in einer Regierungserklärung von Herrn Wüst so geredet werde und hier dann die Antwort komme, man könne eigentlich nichts tun. Dann sei zu lesen, man unterstütze bei Beratung, Wissenstransfer. Das sei in Ordnung. Das sei in den letzten Monaten und Jahren schon geschehen.

Was das Landesprogramm Absatzförderung angehe, so scheine das wie ein Bumerang zu werden. Nach ihren Informationen würden die Menschen, solange sie Geld hätten, gucken, was regional, was Bio sei; sobald das Geld knapp werde, sei es mehr oder weniger egal. Dann werde gekauft, was gerade da sei. Da werde nicht mehr so sehr auf Bio geachtet. Das passe nicht zu diesem Programm „Absatzförderung“. Sie hätte gerne einen Hinweis, wie das Programm in Zukunft gestärkt werden könnte.

Unter „Marktstrukturförderung“ könne sie sich nicht viel vorstellen. Sie bitte um Erläuterungen dazu.

Das Landservice-Portal: Sie bitte, die konkrete Koordinierungsleitung im Hause darzustellen. Es werde im Bericht nicht deutlich, wie viel tatsächlich für die Landwirte im Land getan werde, an Koordinierung gemacht werde.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) bedankt sich für die Fragen. Im Moment seien in der Landwirtschaft besondere Herausforderungen zu bewältigen. Die Landwirtschaft habe seit langer Zeit schon mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die Probleme lägen auf dem Tisch, das Ganze habe sich auch noch einmal durch den Ukrainekrieg in vielen Punkten massiv verstärkt. In privaten Haushalten müsse man genau aufs Geld achten – Frau Kahle-Hausmann habe es angesprochen –, man überlege, ob man etwa die Bio-Produkte noch kaufen könne, ob dafür noch ein Markt vorhanden sei. Das seien im Moment schwierige Zeiten. Niemand wisse, wie lange diese Zeiten andauern würden. Das hänge damit zusammen, wann man wieder eine friedliche Situation in Europa erreicht habe und Lieferketten wiederaufgenommen werden könnten. Das betreffe auch die Energieversorgung.

Im Moment komme von allen Seiten alles zusammen, insbesondere im landwirtschaftlichen Raum, aber auch bei einer Vielzahl von privaten Haushalten. Sie sei mit den Vertretern unter anderem aus der Landwirtschaft permanent in Gesprächen. Von daher könnten die Sorgen auch transportiert werden. Es sei unterschiedlich, wie die einzelnen Probleme auf die verschiedenen Betriebe einwirkten. Bei Schlachthöfen zum Beispiel habe man erhebliche Probleme, denen man sich ausgesetzt sehe, wenn es zu weiteren Mangellagen kommen sollte. Jetzt werde versucht, mit verschiedenen Mitteln diese Situation ein Stück weit aufzufangen, auch wenn das unterm Strich weiterhin schwierig bleibe. Da brauche man sich nichts vorzumachen. Die Möglichkeiten für finanzielle Zuschüsse an die Betriebe seien auch nicht unbegrenzt. Es werde versucht, die Spitzen abzufedern.

Dafür gebe es unterschiedliche Möglichkeiten. Es sei darauf hingewiesen worden, dass die Landwirtschaftskammer entsprechende Beratungen bei den Landwirten vornehme. Das Programm sei an den Start gegangen. Es fehlten noch die Rückmeldungen dazu, wie gut das angenommen worden sei. Einige Landwirte hätten aber schon gesagt, sie meldeten sich sowieso öfter bei der Landwirtschaftskammer, wenn sie eine entsprechende Beratung bräuchten. Es werde auch seitens des Ministeriums in Richtung Landwirte deutlich formuliert, dass man dort eine Anlaufstelle habe, Ansprechpartner habe, die bei der Frage, wie man mit dieser Situation umgehe, behilflich sein könnten.

Was die Fortsetzung der Programme, auch was die Energieberatung angehe, aussehe, da sei es bei den landwirtschaftlichen Betrieben wie im privaten Bereich so: Das werde davon abhängen, welche Mittel der Haushaltsplan bereithalten werde. Die Beratungen würden aus Landesmitteln finanziert. Das was über die Landwirtschaftskammer bei den Landwirten an Beratung ankomme, werde aus dem Haus heraus bezahlt. Die Energieberatung liege stark im Fokus. In dieser Zeit sei es besonders wichtig, dass

die entsprechende Beratung auch fortgeführt werde. Man müsse ein Auge darauf haben, dass man da weiter zur Seite stehe.

Es gebe noch unterschiedliche Mittel, die bislang von unterschiedlichen Ebenen zufließen, manche völlig unproblematisch, das hätten ihr auch Betriebsinhaber gesagt. Sie hätten gesagt, dass sie einen Blick aufs Konto getan hätten und da sei plötzlich Geld gewesen. Dafür habe man nicht viel tun müssen. Es sei eine große Überraschung. Es sei ja schön, dass es bei dem ansonsten großen Bürokratiedschwengel einmal gut laufe. Sie begrüße es, dass die EU eine außergewöhnliche Anpassungsbeihilfe für den Agrarsektor bereitgestellt habe, um insbesondere die Auswirkungen des Ukrainekrieges abzumildern.

Die Bundesregierung habe die Mittel weiter aufgestockt. Mit insgesamt 180 Millionen Euro würden die Betriebe, die in den Sektoren unterwegs seien, unterstützt, bei denen Gewinneinbußen infolge des Ukrainekrieges zu erwarten seien. Nach den Berechnungen des Bundes sehe es im Moment so aus, dass die Betriebe seien wie Freilandgemüsebau, Obstbau, Geflügelmast und Veredelungsbetriebe. Anspruchsberechtigt seien die Betriebe, die klima- und umweltfördernde Bewirtschaftung anwenden würden. Das Nachhaltigkeitskriterium, das der Förderung zugrunde liege, werde durch den Erhalt der Greening-Prämie erfüllt. Die Gelder würden dann von der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau ohne Antragsverfahren ausgezahlt.

Bei den Betrieben, für die diese Greening-Prämie nicht in Betracht komme, würden im Moment vom BMEL mit einem Kleinbeihilfe-Programm Unterstützungsleistungen erbracht. Das seien Betriebe des Obst- und Gemüsebaus mit geschützter Produktion, Tierhaltungsbetriebe ohne Flächen, Kleinerzeuger und Betriebe bis 10 ha Ackerfläche. Voraussetzung sei auch hier, dass die Betriebe zu einem Sektor gehörten, der von den Marktstörungen im Moment besonders betroffen sei. Die Kleinbeihilfe solle dann von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung ausgezahlt werden. Hier laufe aktuell noch das Antragsverfahren.

Wenn man über Unterstützung rede, hätte sie gerne gesehen, dass im Rahmen des Kleinbeihilfe-Programms die energieintensiven Zier- und Jungpflanzenanbaubetriebe mit berücksichtigt würden. Sie habe Bundesminister Özdemir hierzu angeschrieben. Er habe ihr vor Kurzem ein Schreiben zukommen lassen, in dem er schreibe, dass er selber keine finanziellen Möglichkeiten mehr sehe – alles sei bereits festgelegt, das Programm laufe –, diese Betriebe noch mal mit in den Fokus zu nehmen, mit aufzunehmen. Das Ministerium meine, dass es EU-rechtlich möglich gewesen wäre, insbesondere in Anbetracht der Belastungen durch den starken Anstieg von Heizkosten. Gerade beim Tierpflanzenbau sei ein Ausschluss der Betriebe aus dieser Anpassungsbeihilfe nicht nachvollziehbar und sei auch kein gutes Zeichen. Mit diesen Betrieben habe sie viele Gespräche geführt. Leider sei sie da in Berlin nicht weitergekommen.

Die länderspezifische Unterstützung sei angesprochen worden. Sie wisse, dass aus den Gründen, die vorgetragen worden seien, rechtlich eine Unterstützung in dem Bereich nicht durchgeführt werden könne. Da würde sie gerne die Vertreter des Hauses bitten zu erläutern, um da detaillierter Antworten zu geben.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) fragt nach, ob das mit Blick auf die Regierungserklärung heiße, dass das eine Ankündigung sei, die leider nicht erfüllbar sei.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) erwidert, das Sofortprogramm, das Frau Kahle-Hausmann gerade angesprochen habe, laufe und beziehe sich vor allem auf bestimmte Maßnahmen, die mit diesen nichts zu tun hätten. Da gehe es insbesondere um Tierwohlmaßnahmen, eine andere Sparte. Darunter seien bestimmte Maßnahmen erfasst, die nicht zu dieser Kategorie der Unterstützungsleistungen gehörten. Das seien zwei verschiedene Paar Schuhe. Da könnte man ins Kleingedruckte schauen, um eine entsprechende Mitteilung zu geben.

Dietmar Brockes (FDP) kommt darauf zurück, dass das Programm zur Energieberatung erst angelaufen sei. Er bitte die Ministerin, zeitnah, wenn ein erster Überblick vorliege, dem Ausschuss die Zahlen nachreichen könnte, um zu erfahren, wie das angenommen werde.

Zurück zur Frage der Kosten: Ihn interessiere, ob die Kosten für die Beratung komplett übernommen würden oder ob der einzelne Landwirt einen Eigenanteil leisten müsse. Bezüglich 2023 seien Haushaltsmittel eingestellt worden. Er frage, für wie viele Beratungen diese Mittel ausreichen würden.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) erklärt, das könne sie aus dem Stehgreif nicht sagen. Die Fragen werde man mitnehmen und später die Antworten zur Verfügung stellen.

Markus Höner (CDU) hält fest, die Hilfe, die angelaufen sei, sei niederschwellig und sei sehr gut angekommen. Das sei ein gutes Beispiel, wie man in Zukunft an solche Verfahren herangehen sollte.

Wenn man jetzt über die Berichts-anfrage spreche, da differenziere man sicherlich nicht so sauber zwischen Betriebsmitteln und Betriebskosten. Das sei ein Punkt, den man noch aufnehmen sollte. Es helfe auch nicht, wenn man im Moment alles über einen Kamm schere, ob man jetzt alle Betriebssparten aus der Landwirtschaft nehme. Er glaube, dass es zurzeit noch Betriebszweige gebe, die relativ gut durch diese Krise kämen. Auch das gelte es zu betrachten. Deswegen sei es wichtig, dass man die besondere Härte im Auge behalte. Er habe den Eindruck, dass das aus dem Ministerium auch geleistet werde, dass man das im Blick habe.

Die Ministerin habe in ihren Ausführungen Betriebssparten genannt, die besonders betroffen seien. Das sei aus seiner Sicht die richtige Herangehensweise. Aus der Praxis könne er berichten, dass die Energieberatung, die von der Landwirtschaftskammer durchgeführt werde, bei den Betrieben sehr stark nachgefragt werde. Genau das sei der richtige Weg, den man weiterverfolgen sollte. Denn die Energie, die erst gar nicht verbraucht worden sei, brauche im Nachgang nicht bezahlt und nicht erzeugt werden.

Norwich Rüße (GRÜNE) kommt auf den Absatz von Bioprodukten zu sprechen, weil das gerade durch alle Zeitungen geistere. Da schreibe einer vom anderen ab. Es basiere auf der Basis eine GfK-Befragung. Wenn man nachhake, dann sei von einem Einbruch auf dem Biomarkt nicht unbedingt die Rede, es gebe zum einen eine Verschiebung, vom Fachhandel hin in den Discounter; zum anderen gebe es einen Stillstand und nicht mehr dieses Wachstum, das es in den letzten zwei Jahren gegeben habe. Wenn man es auf die letzten zehn Jahre beziehe, habe man eine Verdoppelung des Gesamtumsatzes.

Die Branche habe aus seiner Sicht große Probleme, weil man davon ausgegangen sei, dass dieses Wachstum so weitergehe. Dieses Wachstum sei jetzt erst einmal zum Stillstand gekommen. Darauf müsse man reagieren. Er finde es schwierig, weil das sehr dramatisch dargestellt werde. Diese Dramatik in der Form sehe er nicht und könne er auch bei denen, an die er Produkte liefere, nicht erkennen. Die Rückmeldungen seien nicht so, dass es extrem schwierig geworden wäre.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) betont, es sei das Ziel der Landesregierung, bis 2030 den Ökolandbau auf tatsächlich 20 % der Fläche auszuweiten. Daran werde festgehalten. Es gebe sicher ein paar Punkte, bei denen man sagen könne, da werde es im Moment schwieriger für den Absatz von Bioprodukten, was verschiedene Gründe habe. Das sei eng damit verknüpft, dass die Menschen weniger Geld in der Tasche hätten. Man sollte aber nicht sagen, das bleibe für immer so und Bio habe keine Zukunft, es sei keine Ausweitung möglich. Alle seien sich einig, dass man dieses Ziel weiter verfolge, dass es einen entsprechenden Ausbau gebe.

Es gebe weiterhin Initiativen, die von Seiten der Landesebene durchgeführt würden. Zum Beispiel sei letzstens der Startschuss gegeben worden für „NRW kocht mit Bio“. Da habe es in der Ökomodellregion Niederrhein, aus der sie komme, noch einmal eine größere Veranstaltung gegeben. Sie habe es sehr positiv gefunden, dass viele Landwirte aus dem konventionellen Bereich Interesse gezeigt hätten, Küchenchefs seien da gewesen. Man habe an einem Tag genau formuliert und im Rahmen dieser Ökomodellregion dargestellt, wie solche Programme umgesetzt werden könnten. Da gehe es um Erfahrungsaustausch, auch darum, Netzwerke zu bilden, Strukturen zu knüpfen. Entsprechende Ketten seien notwendig vom Produzenten bis dahin, wo es letztlich auf den Tisch komme. Die Außer-Haus-Verpflegung stelle einen großen Bereich dar, den man in Angriff nehmen wolle, um den Absatz von Bioprodukten weiter zu fördern. Das werde in Ökomodellregionen mit erprobt. Davon gebe es mittlerweile fünf in Nordrhein-Westfalen. Hinterher werde man entsprechende Rückmeldungen und Ergebnisse haben, mit denen man auch von Seiten der Landesregierung weiterarbeiten könne.

Der Blick sei trotzdem positiv, er gehe nach vorne. Die Landesregierung halte an diesem Ziel fest. Dass im Moment die Zeiten schwieriger seien, sollte nicht davon abhalten, genau die richtigen Initiativen zu starten, um eine entsprechende Unterstützung zu bekommen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
2. Sitzung (öffentlich)

19.10.2022
sd-meg

19 Verschiedenes

hier: **Abstimmung über Ausschussreise nach Finnland**

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, in der Obleuterunde habe man sich auf einen Zeitraum geeinigt, und zwar die 19. KW, vom 7. oder 8. Mai bis 12. oder 13. Mai 2023.

Der Ausschuss stimmt der Ausschussreise in der 19. KW 2023 nach Finnland einstimmig zu.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzende

6 Anlagen

08.11.2022/10.11.2022



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



René Schneider MdL

Sprecher für den Arbeitskreis Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume der SPD-Fraktion

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 4363

rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

05.10.2022

**Eyller Berg: Ein Ende ist in Sicht – wie steht es um die Abwicklung der Deponie?
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten
und ländliche Räume am 19. Oktober 2022**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Deponie Eyller Berg in Kamp-Lintfort war lange Jahre Thema im nordrhein-westfälischen Landtag, weil sie sich als Deponie der Klasse III für gefährliche Abfälle in unmittelbarer Nähe der Bevölkerung befindet und es immer wieder Unstimmigkeiten zwischen Betreiberin, Kommune bzw. Verwaltung im Allgemeinen sowie der Bevölkerung vor Ort gab. Zum 31.12.2022 wird der aktive Betrieb nun eingestellt. Doch Fragen bleiben. So gab es bis zuletzt beispielsweise Unsicherheiten in Sachen Oberflächenabdichtung, Rekultivierung oder bei der Einrichtung der finalen Deponierungsfläche beziehungsweise der Einhaltung der vereinbarten maximalen Höhenlinie.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 19. Oktober 2022 zum Thema „Eyller Berg: Ein Ende ist in Sicht – wie steht es um die Abwicklung der Deponie?“. Der Bericht soll dabei u. a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie ist der Stand in Sachen Abwicklung der Deponie Eyller Berg? (Bitte um einen detaillierten Zeitplan.)
2. Liegen der Bezirksregierung inzwischen alle nötigen Planungen bzw. Genehmigungen vor?
3. In welcher Ausführung soll die Oberflächenabdichtung vorgenommen werden?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



4. Wie steht es um die Planung der Rekultivierung? Wurde inzwischen wie vereinbart eine vorzeitige Rekultivierung von 5 ha Deponiefläche vorgenommen?¹
5. Wie hoch ist die Deponie nach derzeitigem Stand?
6. Wie stellt die Bezirksregierung sicher, dass etwaige Abweichungen bereinigt werden insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Betreiberin verpflichtet ist, auf ein Ablagerungsvolumen i.H.v. 4.500 m³ zu verzichten?²
7. Die Betreiberin hat im Vorfeld die Absicht formuliert, eine Photovoltaikanlage zu errichten. Wie weit sind diese Planungen gediehen?
8. Hat die Landesregierung Bedenken bei der Genehmigung einer Photovoltaikanlage auf einer Deponie der Klasse III bspw. vor dem Hintergrund etwaiger Extremwetterereignisse und der Standsicherheit der Deponie?
9. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Deponiekapazität in Nordrhein-Westfalen nach der Außerbetriebnahme der Deponie Eyller Berg?

Mit freundlichen Grüßen



René Schneider MdL

¹ Drucksache 17/4728

² Ebd.



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



René Schneider MdL

Sprecher für den Arbeitskreis
Umwelt, Natur- und
Verbraucherschutz, Landwirtschaft,
Forsten und ländliche Räume der
SPD-Fraktion
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 4363

rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

05.10.2022

**Was wird aus dem Verkauf der landeseigenen Waldfläche an den Freizeitpark Phantasialand?
Bitte um einen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 19.10.2022**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in den Beratungen zum Haushalt 2022 ermöglichten die Regierungsfractionen von CDU und FDP ein Grundstücksgeschäft zwischen dem Unternehmen Phantasialand und dem Land Nordrhein-Westfalen. Die Fraktionen begründeten den damit verbundenen Waldverkauf damit, dass mit dem von der Landesregierung ausgehandelten Grundstückstauschvertrag die besondere Situation vor Ort berücksichtigt wird und zugleich ein Mehrwert für den Naturschutz erreicht wird. Zugleich könne man so auch den Interessen des Vertragspartners in Bezug auf die Inbesitznahme der Fläche Rechnung tragen.

Mit der neuen Wahlperiode hat sich durch die Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Situation geändert, da diese bislang in dieser Frage konträre Ziele formuliert haben. Der Koalitionsvertrag trifft zu der Zukunft des Phantasialandes jedoch keine Äußerung.

Aus diesem dringlichen Grund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 19.10.2022 zum Thema „Was wird aus dem Verkauf der landeseigenen Waldfläche an den Freizeitpark Phantasialand?“. Hierbei bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Steht die jetzige Landesregierung weiterhin zum Beschluss des Landtags aus Dezember 2021 hinsichtlich des Waldverkaufs an das Unternehmen Phantasialand?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



2. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung derzeit, um den Haushaltsbeschluss umzusetzen?
3. Ist die neue Landesregierung weiterhin der Auffassung, dass sich durch den Verkauf ein Mehrwert für den Naturschutz ergibt?
4. Überprüft die neue Landesregierung erneut die naturschutzfachlichen Auswirkungen, die mit einem Flächentausch einhergehen?
5. Plant die neue Landesregierung die vorgesehenen naturschutzfachlichen Ausgleiche zu überprüfen?

Mit freundlichen Grüßen



René Schneider MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



René Schneider MdL

Sprecher für den Arbeitskreis Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume der SPD-Fraktion

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 4363

rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

05.10.2022

NRW-Pegelmessnetz: Wann zieht die Landesregierung Konsequenzen aus der Flutkatastrophe?

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 19. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

eine Erkenntnis der parlamentarischen Befassung mit der Flutkatastrophe des vergangenen Jahres war, dass insbesondere kleine Gewässer und Zuflüsse in eine künftige Hochwasserprognose einbezogen werden müssen. So waren es im Besonderen kleinere Gewässer wie Ahr, Düssel, Erft und Rur, die zu reißenden Strömen wurden und ganze Ortschaften verwüsteten. Für den Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen sollte dies Folgen haben.¹ Beispielsweise das Pegelmessnetz betreffend, denn um flächendeckend in NRW Prognosen über Flutwellen und Hochwasser zu treffen, braucht es moderne Pegel-Messstationen – insbesondere für die kleineren Gewässer zu denen kaum Daten vorliegen.

Wie Ende September in der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Hochwasserkatastrophe bekannt wurde, ist in den vergangenen 14 Monaten nichts passiert. Über ein Jahr nach der Katastrophe wurde keine einzige neue staatliche Pegel-Messstation errichtet.² Gründe hierfür seien zum einen die Kosten und fehlendes Personal (auch zur Interpretation der Daten) sowie zum anderen die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die gemäß des Verschlechterungsverbot eine Installation von modernen Messstationen verhindere, so die Gutachter in der Sitzung des PUA V am 23. September 2022.

¹ Vgl. APr 17/1511: TOP 2.

² Vgl. <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/mehr-als-ein-jahr-nach-flut-noch-keine-neuen-pegel-messstationen-100.html> (abgerufen am 29.09.2022).

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 19. Oktober 2022 zum Thema „NRW-Pegelmessnetz: Wann zieht die Landesregierung Konsequenzen aus der Flutkatastrophe?“. Der Bericht soll dabei u. a. folgende Fragen beantworten:

1. Warum hat die Landesregierung bislang keine eigenen neuen Messstellen installiert?
2. Wie viele neue Messstellen wurden seit der Flutkatastrophe von Wasserverbänden errichtet?
3. Verbietet die Wasserrahmenrichtlinie tatsächlich die Installation klimaresilienter und katastrophensicherer Messstationen und wenn ja, wie lautet die Begründung?
4. Wie steht die Landesregierung zur alternativen Errichtung nicht-klimaresistenter und nicht-katastrophensicherer Stationen, die der WRRL ggf. nicht entgegenstehen?
5. Steht die Landesregierung in einem Austausch mit der zuständigen europäischen Behörde, um – womöglich entgegen der WRRL – moderne Messstationen an Flüssen einrichten zu dürfen, um damit Menschenleben künftig besser schützen zu können?
6. Wie viele offene Stellen gibt es auf Seiten der Verwaltung im Bereich der Betreuung und Auswertung von Pegelmessnetzstellen?
7. Wie plant die Landesregierung die entsprechenden Stellen wiederzubesetzen?
8. Wenn kein Fachpersonal gewonnen werden kann: Was plant die Landesregierung alternativ, um das Messnetz auszuweiten und die Daten in gebotenen Maße zu interpretieren?
9. Plant die Landesregierung eine stärkere Vernetzung der Daten von Land und Wasserverbänden und wenn ja, wie soll sie sichergestellt werden?

Mit freundlichen Grüßen



René Schneider MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



René Schneider MdL

Sprecher für den Arbeitskreis Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume der SPD-Fraktion

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 4363

rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

05.10.2022

**Wasseraufbereitung in NRW: Chemikalien zur Wasserreinigung werden knapp
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten
und ländliche Räume am 19. Oktober 2022**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Wasseraufbereitung in Nordrhein-Westfalen stockt, denn vielerorts werden die Chemikalien zur Wasserreinigung knapp. Der Grund: Eine verminderte Nachfrage sowie unterbrochene Lieferketten und Preisexplosionen für Energie führen zu extremen Lieferengpässen. Sogenannte Fällmittel – also Eisen- oder Aluminiumsalze, die zum Beispiel bei der Produktion von Titandioxid anfallen – dienen bei der chemischen Wasserreinigung zur Bindung von im Abwasser gelösten Phosphaten. So wird verhindert, dass diese in hoher Konzentration in Gewässer gelangen.

Eine repräsentative Umfrage der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) zeigt, dass bereits heute ein Viertel der Kläranlagen Ausfälle von Lieferungen meldet. Bis Oktober erwartet jeder zweite Betreiber den Ausfall von Lieferungen beziehungsweise wurde ihm dieser von den Lieferanten angekündigt.¹

Die Einhaltung der Überwachungswerte für Phosphor können aufgrund dessen nicht sichergestellt werden, so die DWA. Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Nordrhein-Westfalen haben bereits entsprechende Erlasse an die zuständigen Wasserbehörden geschickt.²

¹ <https://www.zfk.de/wasser-abwasser/abwasser/grosse-engpaesse-bei-betriebsmitteln-fuer-die-phosphorfaellung> (abgerufen am 29.09.2022).

² Vgl. ebd.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Phosphate wirken auf Mensch und Umwelt nicht direkt toxisch. Vielmehr können Phosphate zu verstärktem Wachstum von Algen führen, die jedoch wiederum Schäden anrichten können, wenn sie den Gewässern zu viel Sauerstoff entziehen.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Ausschusses am 19. Oktober 2022 zum Thema „Wasseraufbereitung in NRW: Chemikalien zur Wasserreinigung werden knapp“. Der Bericht soll dabei u. a. folgende Fragen beantworten:

1. Wie stellt sich die aktuelle Lage der Wasseraufbereiter in NRW dar?
2. Welche Alternativen gibt es zu der Verwendung von Eisen- oder Aluminiumsalze und wie unterstützt die Landesregierung eine entsprechende Nutzung?
3. Sind der Landesregierung bereits Überschreitungen der Phosphor-Werte und/oder weiterer relevanter Marker bekannt?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zum Schutz der Gewässerkörper?
5. Welche industriellen Wasser-Aufbereiter und Einleiter in Gewässer sind der Landesregierung abseits der kommunalen Abwasserwirtschaft bekannt?
6. Bestehen im Bereich der industriellen Wasseraufbereitung ähnliche Probleme bei der Beschaffung von Chemikalien zur Wasserreinigung?

Mit freundlichen Grüßen



René Schneider MdL

**Zacharias Schalley**
Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Zacharias Schalley • Umwelt- und landwirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion NRW • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

06.10.2022

**Berichts-anfrage zur 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
am 19. Oktober 2022**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Fraktion einen schriftlichen Bericht der Landesregierung für die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 19. Oktober 2022:

**Nährstoffmanagement in der NRW-Landwirtschaft –
Verkennt die Landesregierung das Unterversorgungsproblem?**

Aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage zum Gülletourismus (Drs. 17/17107) ist zu lesen, dass ca. 12.000 Tonnen Wirtschaftsdünger, davon ca. 6.500 Tonnen aus den Niederlanden, nach NRW importiert werden. Dem Import steht eine Ausfuhr von ca. 8.000 Tonnen entgegen. Damit ist NRW ein Importland für Wirtschaftsdünger.

Auf einer Nachfrage vier Monate später (Drs. 18/401) wurde die Importmenge aus den Niederlanden nach unten auf 5.198 Tonnen korrigiert. Trotz der sinkenden Importe aus den Niederlanden, der großen Varianz bei der Ermittlung der Importmengen und dem Rückgang der nordrhein-westfälischen Nutztierhaltung, kam die Landesregierung zu der Schlussfolgerung: „Durch mögliche Schließungen von viehhaltenden Betrieben in

den Niederlanden werden daher keine relevanten Auswirkungen auf die Versorgung mit Wirtschaftsdünger in Nordrhein-Westfalen erwartet.“ (Antwort 3, Drs. 18/645).

Die AfD-Fraktion bittet die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, welcher dabei folgende Fragen beantwortet:

- Wie kam es zur hohen Abweichung der ermittelten Importmengen aus den Niederlanden innerhalb weniger Monate? Warum dauert die statistische Erfassung über zwei Jahre?
- Wie haben sich die Viehbestände in NRW in den letzten fünf Jahren entwickelt? Und wie groß war dabei der jährliche Nährstoffanfall?
- Wie haben sich die Ackerflächen in NRW in den letzten fünf Jahren entwickelt? Wie groß war dabei der jährliche Nährstoffbedarf?
- Wofür wird in welcher Menge der organische Wirtschaftsdünger in NRW verwendet (in Prozent)?
- Wie hat sich die Einfuhr von organischem Wirtschaftsdünger nach NRW in den letzten fünf Jahren entwickelt? (bitte jährliche Importmengen nach den sechstgrößten Herkunftsländern auflisten)
- Wie wird der hohe Import aus den Herkunftsländern bei gleichzeitigem niedrigem Export in die Länder erklärt?
- Welche Mehrbelastungen sind durch länger werdende Transportwege zu erwarten (z.B. Transportkosten, Umweltbelastung, etc.)?
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung zu ergreifen, um die festgestellte Minderqualität in Weizen aus NRW (entsprechend der Erntebilanz 2022) weiter zu begegnen?
- Angesichts der Tatsache, dass NRW ein Importland für Wirtschaftsdünger ist, dass eine Minderqualität beim Weizen in der Erntebilanz 2022 festgestellt wurde und dass die Nährstoffbilanzierung über zwei Jahre dauert, wie kommt die Landesregierung zur Schlussfolgerung, dass eine Schließung von viehhaltenden Betrieben in den Niederlanden keine relevanten Auswirkungen in NRW verursachen?

Mit freundlichen Grüßen



Zacharias Schalley MdL

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill MdL
Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 19. Oktober 2022 zur Thematik: „Auswirkungen der hohen Betriebskosten auf die nordrhein-westfälische Landwirtschaft“

Sehr geehrte Frau Dr. Peill,

Die rasant steigenden Energiekosten belasten auch landwirtschaftliche Betrieben in Nordrhein-Westfalen immer stärker. Dünger wie auch andere Betriebsmittel haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Futter hat sich bis zu 70 Prozent verteuert. Die Erlöse für landwirtschaftliche Produkte sind zwar auch gestiegen, allerdings nicht in dem Umfang wie die Kosten. Des Weiteren profitieren die verschiedenen Betriebszweige ganz unterschiedlich von den gestiegenen Lebensmittelpreisen. Durch die hohen Energiekosten sind insbesondere die energieintensiven Betriebe des Obst- und Gemüsebaus in ihrer Existenz bedroht. Die Agrarverbände Deutschen Raiffeisenverband (DRV), Deutschen Bauernverband (DBV), Zentralverband Gartenbau (ZVG) sowie der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse (BVEO) warnen davor, dass durch die Kostenexplosion die regionale Erzeugung noch weiter schrumpft.

Die Landesregierung wird um einen schriftlichen Bericht gebeten, welche konkreten Schritte und Maßnahmen von Landeseite unternommen werden, um Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen, die aufgrund der explosionsartig gestiegenen Betriebskosten in Schieflage geraten sind. Was unternimmt die Landesregierung, um Betriebe bei der Energiekosteneinsparung zu unterstützen? Wie möchte die Landesregierung unternehmen, um die regionale Erzeugung in Nordrhein-Westfalen zu halten und auszubauen?

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

**FDP-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen**

Dietmar Brockes MdL

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

Düsseldorf, 05. Okt. 2022

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de
 www.facebook.com/dietmar.brockes
 www.twitter.com/brockes